

Der Europapolitische Bericht der Landesregierung beschreibt einmal mehr auf eindrückliche Weise das Engagement der grün-roten Regierung im Bereich verschiedener Politikfelder und Instrumente der EU, die das Ziel haben, für Kohäsion und gleiche Lebensbedingungen in den 28 Mitgliedsstaaten zu sorgen.

Dazu gehören zum Beispiel die Donaunraumstrategie, die Alpenraumstrategie oder auch die Strukturfonds .

Alle Maßnahmen basieren auf den gemeinsamen Werten der „Solidarität und Gerechtigkeit“, denen sich die Mitgliedsstaaten mit dem Vertrag von Lissabon im Jahre 2009 verpflichtet haben.

oder sollte man sagen

„hatten“?

Bei der Flüchtlingsfrage scheinen diese Werte von vielen Mitgliedsstaaten vergessen zu werden.

Die Europäische Union befindet sich in einer tiefgreifenden Krise, weil sie angesichts des Zustroms von Flüchtlingen in die EU nicht in der Lage ist, gemeinsam gerecht und solidarisch zu handeln.

Der Rückfall in nationale Abschottung greift um sich.

So konstatiert der Bericht unserer Landesregierung (S. 6), dass die Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlingskrise auf EU-Ebene bislang nicht zufriedenstellend sind. Vor allem die Probleme mit dem Instrumentenkasten der Kommission bei Nichteinhalten der geltenden Regeln, sowie die Möglichkeiten der Bekämpfung der Fluchtursachen, werden benannt.

Besonders die Dublin-Regelungen waren in höchstem Maße **weder solidarisch noch gerecht** und die Europäische Union hat Griechenland und Italien mit den Flüchtlingen alleine gelassen.

Die Dublinregelungen sind gescheitert.

Ungarn, Polen und Österreich scheinen „Solidarität und Gerechtigkeit“ neu definiert zu haben, indem sie zwar die Vorzüge der Kohäsionsfonds als

solidarischen Akt gerne nutzen, die Belastungen der Migrationsbewegungen aber auf die europäischen Nachbarn abwälzen zu wollen.

So kann die EU keine Zukunft haben.

Auch unsere Bundesregierung handelt nicht solidarisch und konsequent. Deutschland wird durch Waffenlieferungen in den Nahen Osten die Fluchtursachen dort nicht bekämpfen.

Deutschland und alle EU-Mitgliedsstaaten müssen endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und genügend Mittel für das UNHCR und das World Food Program zur Verfügung zu stellen.

Damit bekämpft man Fluchtursachen und ermöglicht eine schnelle Rückkehr der vielen Kriegsflüchtlingen in ihre Heimat nach Ende der Kriege in Nahost. Und mit der rechtzeitigen Überweisung der zugesagten Mittel im letzten Jahr wäre die Zahl der Flüchtlinge nicht so hoch, wie sie nun heute ist.

Die Zusagen der Geberkonferenz für Syrien letzte Woche in London sind ein richtiger Ansatz. Die Bundesregierung hat 2,2 Milliarden Dollar für die nächsten drei Jahre zugesichert. Das Geld muss den Beschlüssen nun aber auf dem Fuß folgen.

Der Umgang mit den Flüchtlingen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und Zuflucht und Perspektive in der EU suchen, ist die **Gretchenfrage** an jeden einzelnen Mitgliedsstaat, ja,

auch an jeden einzelnen Politiker und jede einzelne Politikerin: „**Wie hältst du's mit der Gerechtigkeit und Solidarität in Europa?**“

Kanzlerin Merkel ist da eindeutig mit christlichen Werten unterwegs. Allerdings recht einsam.

Kollege Wolf und die Baden-Württembergische CDU weichen dagegen der Gretchenfrage aus:

„Nun sag, wie hast du's mit der Religion? Du bist ein herzlich guter Mann, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.“ sagt Gretchen zu Faust in Marthens Garten.

Gilt das C innerhalb der CDU und damit die christliche Nächstenliebe?

Oder haben Sie sich davon verabschiedet?

Ohne Gerechtigkeit und Solidarität wird die Europäische Union keinen Bestand haben

Die Wahrung der Einheit der Europäischen Union stellt damit die größte Herausforderung für uns alle dar.

Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere gemeinsamen Interessen in der EU sehr viel stärker sind als alles, was uns trennt.

Solidarität, Gerechtigkeit und Verantwortung heißt das Gebot der Stunde!

Die Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital ist ein Integrationsmotor der EU: sie hat Europa und seine Menschen zusammenwachsen lassen.

Die offenen Binnengrenzen haben handfeste Vorteile für Gesellschaft und Wirtschaft, für die Menschen und besonders die Jugend bei der Arbeitsaufnahme oder Ausbildung.

Was wäre unser exportstarkes Land Baden-Württemberg ohne den Europäischen Binnenmarkt?

Was wären wir Baden-Württemberger ohne die Freizügigkeit an den Grenzen zu unseren Nachbarn mit allen Projekten der Grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit?

Wir brauchen eine verantwortungsvolle europäische Strategie, die auf Gerechtigkeit und Solidarität beruht:

- **Effektive Steuerung der Flüchtlingskrise**

- Die immer noch **fehlenden Erstaufnahmezentren in Griechenland und Italien müssen eingerichtet und mit ausreichend Personal zur Registrierung ausgestattet werden.**

- **rasche Verabschiedung** des am 15. Dezember 2015 vorgelegten **Legislativpakets „Außengrenzen“.**

- Wir brauchen eine **grundlegende Revision der Dublin-Regelungen.**

- **Wir brauchen einen verbindlichen Notfallmechanismus zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf alle Mitgliedstaaten.**

- **Wir brauchen die Umsetzung des Aktionsplans EU - Türkei von Kanzlerin Merkel, weil es ohne die Türkei keine Lösung für die Flüchtlinge geben wird.**

- **Wir müssen mehr legale Zuwanderung zur Arbeitsaufnahme in der EU schaffen.**

- **Wir müssen verstärkt Fluchtursachen bekämpfen und der humanitären Hilfezusagen der EU und der Mitgliedsstaaten auch wirklich jetzt nachkommen.**

- Wir müssen Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat menschenwürdig unterbringen und versorgen, wie wir das als Bundesland im Nordirak versuchen.

Eine gerechte und solidarische Europäische Union muss mit einer gemeinsamen verantwortungsvollen Politik die Herausforderungen angehen. Das Land Baden-Württemberg lebt täglich an seinen Außengrenzen und in seinem internationalen Engagement vor, wie es gehen kann.

Ich hoffe, dass dies die Regierungschefs heute und morgen in Brüssel auch erreichen. Wir wünschen Frau Merkel viel Erfolg.